

Suche nach Ausweg

Der **Offshore-Terminal Bremerhaven** (OTB) steckt im Gerichtsverfahren fest. Es droht der langwierige Instanzenweg. Die CDU hat für den Fall einer juristischen Niederlage einen Plan B vorgeschlagen: Der OTB soll zum Schwerlastterminal umgewidmet werden. Aber kann ein neues Genehmigungsverfahren den Hafen wirklich aus der Sackgasse bringen? VON **KLAUS MÜNDELEIN**

Foto: Hartmann

Wann wird das Verwaltungsgericht über die Klage gegen den OTB entscheiden? Bislang gab es vom Verwaltungsgericht im Eilverfahren einen Baustopp, der vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden war. Im Hauptverfahren steht die Entscheidung des Verwaltungsgerichts noch aus. Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) hatte jüngst berichtet, dass das Hauptverfahren noch in diesem Jahr fortgesetzt werde. Diese Aussage hat das Verwaltungsgericht aber bislang noch nicht bestätigt. Und auch der Bund für Umwelt und Naturschutz, der gegen den Bau des OTB am 30. Dezember 2015 Klage eingereicht hatte, weiß noch nichts von einem Termin.

Was will die CDU? Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hatte den Vorschlag unterbreitet, in einem neuen Planfeststellungsverfahren den OTB zu einem Schwerlasthafen umzuwidmen, auf dem große Maschinenteile und ganze Anlagen verschifft werden können. Der Bedarf für Schwerlastumschlag steige. In der Seestadt gibt es in der Tat die Hoffnung, dass angesichts der maroden Straßen und Brücken in Deutschland große Maschinenbaufirmen künftig ihre Anlagen nicht mehr im Binnenland montieren, von wo aus sie dann mühselig zum Hafen transportiert werden müssen, sondern dass sie die Endmontage nach Bremerhaven verlegen. Hier könnten dann die Anlagen auf die Schiffe verladen werden. Somit würde Arbeit und Wertschöpfung in Bremerhaven geschaffen. Die CDU will mit einem neuen Planfeststellungsverfahren für ei-

nen Schwerlasthafen eine Alternative schaffen für den Fall, dass der OTB vor Gericht scheitert. Trotzdem soll weiterhin für den OTB vor den Gerichten gestritten werden.

Wieso muss der Offshore-Terminal in einen Schwerlastterminal formal umgewidmet werden? Kann man ihn nicht später, wenn er erst einmal fertiggestellt ist, einfach als Schwerlastterminal nutzen?

Solche Überlegungen gab es in der Tat. Sie wurden aber nicht laut in die Öffentlichkeit getragen, um sich im Klageverfahren nicht selbst ins Abseits zu stellen. Glauben einem die Richter noch den Bedarf für einen Offshore-Hafen, wenn man ihn selbst durch Debatten über alternative Fracht infrage stellt? 2017 hatten die Richter des Oberverwaltungsgerichts im Zuge des Eilverfahrens klargestellt, dass der OTB-Planfeststellungsbeschluss vorrangig für die Nutzung als Offshore-Terminal gilt. „Würde man die Zweckbestimmung des OTB als Offshore-Hafen in nennenswertem Umfang dauerhaft durch allgemeinen Schwergutumschlag ersetzen, berührte das den Kern des planfestgestellten Umschlags“, hieß es im Urteil. Eine nachträgliche Umnutzung für Schwerlastgüter sei ohne ein neues Planfeststellungsverfahren nicht möglich. Darauf verweisen auch die Grünen immer wieder. Das bedeutet aber nicht, dass hier gar nichts anderes umgeschlagen werden darf. Die Richter unterzogen nur eine nennenswerte Umnutzung. Der OTB war für den Umschlag von 160 Anlagen pro Jahr konzipiert worden. Das

ist keine Vollausslastung. Natürlich muss ein Terminalbetreiber auch andere Güter in der Zeit umschlagen dürfen, in der keine Offshore-Anlagen auf der Kaje stehen. Sollte diese Fracht aber überhandnehmen, könnte jemand dagegen klagen. Und damit wieder für heftige Diskussionen sorgen. Denn er würde gegen einen offensichtlich florierenden Schwerlast-Umschlag klagen, der vielen Menschen in Bremerhaven Arbeit verschafft.

Was sagen die Parteien? Der Vorstoß der CDU stieß auf breite Ablehnung sowohl bei OTB-Befürwortern als auch bei Gegnern. Die SPD befürchtet, dass mit einem neuen Planfeststellungsverfahren das aktuelle Gerichtsverfahren torpediert würde. Womöglich würden die Richter das Verfahren auf Eis legen. Ein Plan B würde die Position des Senats vor Gericht vermutlich nicht stärken, da er damit selbst Zweifel an der Notwendigkeit für einen Offshore-Hafen dokumentieren würde. Gleichwohl wird das Verwaltungsgericht im anstehenden Hauptverfahren nicht auf der Basis aktueller Entwicklungen urteilen. Es muss klären, ob zum Zeitpunkt, als das Planfeststellungsverfahren für den OTB mit einer Genehmigung abgeschlossen wurde, der Bedarf für Offshore-Umschlag in Bremerhaven bestand. Die Richter müssen also die Lage bewerten, wie sie am 30. November 2015 gegeben war.

Hätte ein neues Planfeststellungsverfahren für einen Schwerlasthafen überhaupt eine Chance? Wer einen Hafen in einem Natur-

schutzgebiet bauen will, muss die wirtschaftliche Notwendigkeit belegen. Das gelang noch bei dem OTB mit Verweis auf die wachsende Offshore-Industrie in Bremerhaven und auf die Energiewende, die den Ausbau der Windparks erforderlich macht. Aber ein Schwerlasthafen? Im Fischereihafen gibt es bereits Schwerlastkajen, auf denen schwere Güter umgeschlagen werden können. Auch die Grünen verweisen darauf, dass sie nicht bereit sind, Naturschutzflächen für einen Hafen zu opfern, wenn man die Fracht auch an anderen Terminals umschlagen könne.

Was sagen die Naturschützer zum CDU-Plan für einen Schwerlastterminal? Der Bund für Umwelt und Naturschutz lehnt ihn komplett ab. „Ein Schwerlasthafen im Naturschutzgebiet ist nicht zu rechtfertigen“, sagt BUND-Vorsitzender Klaus Prietzel. Für diese Art Umschlag gebe es genügend Alternativen in Bremerhaven. Den OTB hatten die Naturschützer anfangs noch akzeptiert zur Unterstützung der aufstrebenden Bremerhavener Offshore-Industrie. Aber seitdem hat sich in ihren Augen die Lage komplett verändert. Siemens als Marktführer hatte sich für Cuxhaven entschieden, und inzwischen seien an etlichen anderen Standorten Verladerrampen für die Offshore-Industrie entstanden. Und für einen Hafen ohne Bedarf wollen sie die Weserwattflächen nicht opfern.

Was sagt die Handelskammer als Vertreterin der Wirtschaft zu dem CDU-Vorstoß? Ullrich Hautau, bei der Kammer für Häfen zuständig,

ist sehr skeptisch, ob ein neues Planfeststellungsverfahren den Bau des Terminals tatsächlich beschleunigen wird. „Es ist auch fraglich, ob es in dem Naturschutzgebiet überhaupt eine Ausnahme genehmigung für einen Schwerlastterminal geben wird“, sagt er. Die Wirtschaft setzt weiterhin auf den Offshore-Terminal, den sie für die Entwicklung der Offshore-Branche in Bremerhaven für notwendig hält. Die Offshore-Industrie fordert ebenfalls den Bau des OTB. Besonders Turbinenhersteller Senvion hat mehrfach betont, dass das Unternehmen den Hafen braucht.

Was sagen die Parteien zum OTB? Die Grünen sind gespalten. Es gibt Gegner, die nach den Pleiten der Offshore-Industrie keinen Bedarf sehen. Andere verweisen auf die Energiewende, die nur gelinge, wenn künftig die Zahl der Offshore-Parks drastisch erhöht werde. Dabei solle Bremerhaven profitieren als Werkbank, zu der auch ein Spezialhafen gehöre. Die CDU steht hinter dem OTB. Aber seitdem Bremerhavens künftiger Kämmerer Torsten Neuhoff den OTB hinterfragte, gibt es Zweifel. Die werden auch durch die Diskussion um den Schwerlasthafen genährt. Die SPD steht in offiziellen Verlautbarungen klar und eindeutig hinter dem OTB. Hinter vorgehaltener Hand gibt es aber Kritik von Bremer Sozialdemokraten, die das Projekt am liebsten beerdigen würden. Die FDP hätte einen OTB nur akzeptiert, wenn er privatwirtschaftlich verwirklicht worden wäre. Die Linken lehnen den OTB ab, die Bürger in Wut auch.